

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau** der Stadt Burgdorf am **05.07.2021** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

18.WP/A-USB/060

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 20:08 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:07 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:30 Uhr

Anwesend: **Bürgermeister**

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Kaever, Volkhard, Dr.

stellv. Vorsitzender

Köneke, Klaus bis 19.30 Uhr

Mitglied/Mitglieder

Heller, Simone
Braun, Jens
Nijenhof, Rüdiger für Gottschalk, Niklas
Paul, Matthias
Schrader, Karl-Ludwig
Sieke, Oliver
Weilert-Penk, Christa

Grundmandatar/e

Fleischmann, Michael

Beratende/s Mitglied/er

Brandes, Marie-Luise
Kleinschmidt, Dieter bis 19.16 Uhr

Verwaltung

Borchers, Insa
Fischer, Andreas
Krüger, Volker
Nagel, Sabine
Weddige, Frauke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Machbarkeit- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur Sanierung / Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule mit Sporthalle in Burgdorf
Vorlage: BV 2021 1649

Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 10.05. und 07.06.2021
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 4.1. Fristgerechte Abgabe der Antragsunterlagen zur Städtebauförderung bei den Programmbehörden
Vorlage: M 2021 1661
- 4.2. Bebauungsplan Nr. 4-07 "Hornweg"
-Weiteres Verfahren
Bezug: M 2021 1574 und 1574/1
Bezug: BV 2020 1438
Bezug: F 2021 1485
Vorlage: M 2021 1574/2
5. Bebauungsplan 8-05/3 "Gewerbegebiet Hülptingsen 3":
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB) und der Behörden (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: BV 2021 1556
6. Bebauungsplan Nr. 0-73 "Nordwestlich Weserstraße" -
Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)
Bezugsvorlagen: BV 2019 1020, BV 2020 1365, BV 2021 1502
Vorlage: BV 2021 1608/1
7. LEADER Region - Stadt Burgdorf, Stadt Burgwedel, Stadt Lehrte und Gemeinde Isernhagen
Bewerbung und Beantragung von Fördermitteln für die Beauftragung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) nach LEADER
Vorlage: BV 2021 1669
8. Antrag der SPD-Fraktion im Rat: Die Stadt unterstützt aktiv Wohnprojekte
Vorlage: A 2021 1601
9. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, SPD, CDU und FDP vom 27.05.2021
Vorlage: A 2021 1636
- 9.1. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Ergänzungsantrag der Ratsgruppe WGS Freie Burgdorfer vom 06.06.2021
Vorlage: A 2021 1636/1
10. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
11. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Um 17.00 Uhr eröffnete **Herr Dr. Kaever** die Sitzung und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fest.

Die Verwaltung teilte mit, dass der TOP 5 im öffentlichen Teil (Vorlage: BV 2021 1556 und Top 1.1 im vertraulichen Teil (Vorlage M 2021 1617) abgesetzt werden sollen. Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten der so geänderten Tagesordnung zu

2. Machbarkeit- und Wirtschaftlichkeitsstudie zur Sanierung / Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule mit Sporthalle in Burgdorf Vorlage: BV 2021 1649

Herr Droste und Herr Werner erläuterten anhand einer Präsentation die Ergebnisse der von Ihnen angefertigten Studie.

Herr Köneke sprach sich im Namen seiner Fraktion trotz der erheblich gestiegenen Kostenschätzung für den Neubau des Schulgebäudes aus. Hinsichtlich der Sporthalle schlug er eine mögliche vierte Variante vor, nämlich das weitere Vorgehen noch nicht sofort zu entscheiden und in der heutigen Sitzung noch nicht über die Sporthalle abzustimmen.

Frau Gersemann führte aus, dass die SPD ebenfalls den Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule unterstütze. Dies setze allerdings voraus, dass der Rückbau des Bestandes erst nach der Errichtung des Neubaus erfolge. In der Frage der Sporthalle favorisiere die Fraktion die Sanierung der vorhandenen Halle, da es sich um eine Dreifeld-Halle mit Tribüne handele, die auch den Burgdorfer Sportvereinen zu Gute kommen könne. Darüber hinaus beantrage die Fraktion unter Ziffer 3 des Beschlussvorschlages die Verwaltung zu beauftragen, die Sanierung und den Betrieb des stillgelegten Lehrschwimbeckens im Keller zu prüfen. Als Betreiber könne man sich die Wirtschaftsbetriebe Burgdorf vorstellen.

Herr Nijenhof antwortete hierauf, dass die Entscheidung für die Errichtung einer Vierfeldhalle für die RBG ausdrücklich darauf begründet war, dass für die GPGS nur eine Zweifeldhalle in Betracht kommt.

Vor diesem Hintergrund könne nur die Variante 2a und 2b in Frage kommen.

Frau Weilert-Penk erklärte, dass im Grundsatz die GPGS bereits gebaut sei, das Gebäude jedoch vom Gymnasium genutzt werden. Für die Planung eines weiteren Neubaus müsse man die zügige Entwicklung der Stadt berücksichtigen. Das bedeute, dass von einer Fünfzügigkeit, wenn nicht sogar Sechszügigkeit ausgegangen werden müsse. Vor diesem Hintergrund werde weiterhin eine Dreifeldhalle benötigt. Diese komme nicht nur der Schule selbst, sondern auch dem Vereinssport zu Gute. Der damalige Entschluss die Schwimmhalle aufgrund der Betriebskosten von 67.000,- € stillzulegen sei ein Fehler gewesen, da man feststellen musste, dass immer weniger Kinderschwimmen lernen.

Frau Weilert-Penk verteilte den Ihren Ausführungen entsprechend geänderten Beschlussvorschlag. (Der Text befindet sich in der Anlage 1 des Protokolls).

Herr Paul sprach sich gegen die zeitliche Trennung der Beschlüsse zum Schulgebäude und zur Sporthalle aus. Da die Sanierung der Dreifeld-Halle die gleichen Kosten wie der Neubau einer Zweifeldhalle verursache, müsse die Entscheidung für die größere Halle fallen.

Herr Nijenhof hielt dagegen, dass die Verwaltung in der Diskussion um die RBG-Halle explizit vorgestellt habe, dass der Neubau einer Sporthalle für die GPGS dann nur als Zweifeldhalle erfolgen könne, um die notwendigen Einsparungen zu erreichen.

Herr Köneke sprach sich gegen eine übereilte Entscheidung über die Sporthalle aus. Die in der Vorlage aufgezeigten Kosten seien noch nicht in der Haushaltsplanung berücksichtigt, so dass es sinnvoll sei, in der heutigen Sitzung nur das Schulgebäude selbst zu beschließen.

Herr Werner erklärte, dass es keinen diesbezüglichen Zeitdruck gebe, die Entscheidungen gleichzeitig zu treffen.

Bürgermeister Pollehn äußerte sein Unverständnis gegenüber den Forderungen der SPD-Fraktion. Die damalige Situation sei genauso gewesen wie von Herrn Nijenhof wiedergegeben. Man sei sich darüber im Klaren gewesen, dass man sich die Vierfeldhalle nur leisten könne, wenn die Vereine diese mitnutzten. Vor dem Hintergrund, dass der Neubau der GPGS das Doppelte des bisher veranschlagten koste, müsse man sich im Klaren sein, dass der Haushalt völlig ausgereizt werden. Der Vorschlag den Betrieb des Schwimmbades durch die Wirtschaftsbetriebe zu finanzieren, bedeute, dass dies zu Lasten des Stadtsäckels gehe. Unverständlich sei auch die Forderung, die Schule fünf- bis sechszügig zu planen. Dies widerspreche allen Vorgaben, die grundsätzlich eine vierzügige Planung mit einer Reserve für eine eventuelle Fünfzügigkeit vorsähen. Darüber hinaus bestehe auch die Möglichkeit die Schulbezirke neu anzupassen. Die Schule müsse ohne Frage neugebaut werden, die Sanierung und die Wiederaufnahme des Betriebs des Lehrschwimbeckens sei jedoch abzulehnen.

Herr Zschoch dankte dem Bürgermeister für die eindeutige Stellungnahme. Die Stilllegung des Schwimmbades sei eine substanzielle Einsparung gewesen, die nicht rückgängig gemacht werden dürfe. In Burgdorf selbst und in der Umgebung sei eine ausreichende Anzahl von Schwimmbädern vorhanden. Für ihn könne daher nur die Variante 2 in Frage kommen.

Herr Schulz sprach sich aufgrund der Basis der geführten Gespräche und Beschlüsse der letzten Jahre ebenfalls für die Variante 2 aus. Hinsichtlich der Sporthalle könne der Beschluss auch zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen.

Frau Weilert-Penk und Frau Gersemann schlugen alternativ vor, den Punkt III. des Beschlussvorschlages als Prüfauftrag an die Verwaltung zu geben.

Die Mitglieder beider Ausschüsse einigten sich darauf, den Beschluss zu II. des Beschlussvorschlages nur für die Neuerrichtung des Schulgebäudes zu fassen. Die Entscheidung über die Sporthalle wurde vertagt.

Die eigentlich als Änderung des Beschlussvorschlages als Ziffer II. von **Frau Weilert-Penk** wurden von Frau Gersemann als Anfrage an die Verwaltung gerichtet:

- Welche Möglichkeit der Sanierung der Sporthalle und des Schwimmbades sowie der Wiederinbetriebnahme des Schwimmbades bestehen?
- Welche Folgekosten entstehen aus dem Betrieb des Schwimmbades?
- Kann der Betrieb des Schwimmbades durch die Wirtschaftsbetrieb Burgdorf erfolgen?

Frau Thieleking begrüßte die Beschlussfassung der Ausschüsse und hoffte, dass die Schule bei der Beantwortung des Prüfauftrages miteingebunden werde.

Frau Steenken begrüßte ebenfalls die Beschlussfassung und befürwortete die

Initiative der SPD-Fraktion hinsichtlich des Lehrschwimmbeckens.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

- I. Die von dem Beratungsunternehmen SIKMa GmbH, Achim, erarbeitete Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zur „Ermittlung der wirtschaftlichsten Baumaßnahme für eine moderne Gudrun-Pausewang-Grundschule nebst Sporthalle in Burgdorf“ vom 26.05.2021 wird zur Kenntnis genommen.**
- II. Aufgrund der in der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung dargestellten wirtschaftlichen Vorteile wird ein Neubau des Schulgebäudes errichtet. Das Bestandsgebäude wird nach Fertigstellung des Neubaus abgerissen. Hinsichtlich der Sporthalle wird das weitere Vorgehen nach der Beantwortung der von der SPD-Fraktion hierzu gestellten Anfrage beraten.**

Einwohnerfragestunde

Um 18.30 Uhr eröffnete **Herr Dr. Kaefer** die Einwohnerfragestunde. Fragen wurden nicht vorgetragen.

Herr Dr. Kaefer schloss den gemeinsamen Teil der Sitzung

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau am 10.05. und 07.06.2021

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau genehmigten das Protokoll über die Sitzung am 10.05.21 bei zwei Enthaltungen einstimmig.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau genehmigten das Protokoll über die Sitzung am 07.06.21 bei einer Enthaltung einstimmig.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Fischer berichtete über den Baufortschritt des Kindergartens und Fa-

milienzentrums Süd. Derzeit werde die Fertigstellung für Mitte/ Ende November angenommen.

4.1. Fristgerechte Abgabe der Antragsunterlagen zur Städtebauförderung bei den Programmbehörden
Vorlage: M 2021 1661

Ergänzende Nachfragen wurden nicht gestellt.
Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

4.2. Bebauungsplan Nr. 4-07 "Hornweg"
-Weiteres Verfahren
Bezug: M 2021 1574 und 1574/1
Bezug: BV 2020 1438
Bezug: F 2021 1485
Vorlage: M 2021 1574/2

Ergänzende Nachfragen wurden nicht gestellt.
Die Ausschussmitglieder nahmen die Vorlage zur Kenntnis.

5. Bebauungsplan 8-05/3 "Gewerbegebiet Hülptingsen 3":
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB
- Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (gemäß § 3 Abs. 1 BauGB) und der Behörden (gemäß § 4 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: BV 2021 1556

Abgesetzt.

6. Bebauungsplan Nr. 0-73 "Nordwestlich Weserstraße" -
Satzungsbeschluss (gem. § 10 Abs. 1 BauGB)
Bezugsvorlagen: BV 2019 1020, BV 2020 1365, BV 2021 1502
Vorlage: BV 2021 1608/1

Eine nochmalige Erläuterung der Vorlage erfolgte nicht.

Frau Heller stellte fest, dass die nord-westliche Bebauung trotz des gegenteiligen Wunsches der Ausschussmitglieder als Einzelhausbebauung und nicht für Reihenhäuser festgesetzt worden sei. Dies bedeute, dass in diesem Bereich die Errichtung von Doppelhäusern möglich sei. Gerade dies sollte, angesichts der Bebauung im Gebiet „An den Hecken“ vermieden werden.

Frau Borchers erwiderte hierauf, dass die Verwaltung bei ihrer Konzeption geblieben sei um einen Mix verschiedener Wohnformen zu erreichen und die Bebauung zum Außenbereich hin abzustufen.

Herr Nijenhof und Frau Weilert-Penk schlossen sich **Frau Heller** an und bekräftigten nochmals die mit der Zulassung von Einzelhäusern verbundene Sorge.

Frau Borchers verwies darauf, dass eine Änderung in dem gewünschten Sinne zu einer erneuten Auslegung führe. Da im städtebaulichen Vertrag fixiert sei, dass der Ankauf der Flächen bis zum 30.09.21 festgeschrieben sei, würde eine erneute Auslegung dies verhindern.

Herr Köneke sprach sich für die Planung in der vorliegenden Form aus. Gegebenenfalls könne die Festsetzung von Reihenhäusern sogar dazu führen, dass die Vermarktung der Grundstücke erschwert werde.

Auf Antrag von **Herrn Nijenhof** unterbrach **Herr Dr. Kaefer** die Sitzung um 19.10 Uhr.

Um 19.16 Uhr setzte **Herr Dr. Kaefer** die Sitzung fort.

Herr Paul erklärte, dass die SPD und die Freien Burgdorfer dann dem Satzungsbeschluss zustimmen würden, wenn die Verwaltung gleichzeitig beauftragt werde, dass auf der betreffenden Fläche keine Doppelhäuser errichtet werden dürfen und dies dem Beschluss beigefügt werde.

Frau Borchers erwiderte hierauf, dass die Antragsteller in diesem Fall aufgrund der bestehenden Festsetzung weiterhin den Anspruch auf Errichtung eines Doppelhauses hätten. Eine entsprechende Vorgehensweise sei nur über die Änderung des Bebauungsplanes möglich.

Herr Nijenhof erklärte, dass die SPD und die Freien Burgdorfer sich nicht der Stimme enthalten hätten, weil sie das Bebauungsplangebiet schlecht fänden, sondern weil es nicht so werde wie man es gewollt habe. Die hierzu gemachten baurechtlichen Ausführungen der Verwaltung seien in dieser Form nicht nachvollziehbar.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten mit fünf Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und drei Enthaltung den folgenden empfehlenden Beschluss:

A) Von den Ergebnissen der in der Begründung in Kapitel V.2 wiedergegebenen Beteiligungsverfahren

- **der in der Zeit vom 26.10. bis 27.11.2020 durchgeführten frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB,**
- **der mit Schreiben vom 14.10.2020 durchgeführten frühzeitigen Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB,**
- **der in der Zeit vom 22.03. bis 23.04.2021 durchgeführten öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie**
- **der mit Schreiben vom 11.03.2021 durchgeführten Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB**

wird Kenntnis genommen. Die in der Begründung in Kapitel V.2 beschriebenen Abwägungsvorschläge werden beschlossen.

(siehe Beschluss B) – Satzungsbeschluss auf der folgenden Seite)

B) Satzungsbeschluss:

Der Bebauungsplan Nr. 0-73 „Nordwestlich Weserstraße“ wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Beteiligungsverfahren in der Fassung vom 19.05.2021 als Satzung sowie die Begründung nebst Umweltbericht in der Fassung vom 19.05.2021 beschlossen.

- 7. LEADER Region - Stadt Burgdorf, Stadt Burgwedel, Stadt Lehrte und Gemeinde Isernhagen
Bewerbung und Beantragung von Fördermitteln für die Beauftragung eines Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK) nach LEADER
Vorlage: BV 2021 1669**
-

Frau Borchers erläuterte die Vorlage.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau fassten einstimmig den folgenden empfehlenden Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, für die geplante Bewerbung zur Anerkennung als LEADER-Region für die Förderperiode ab 2023 in Zusammenarbeit mit den Partnerstädten Burgwedel und Lehrte sowie der Partnergemeinde Isernhagen ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) zu beauftragen und hierfür Fördermittel beim Amt für Regionale Landesentwicklung Leine-Weser (ArL) einzuwerben.

Es wird beschlossen, dass nach Erstellung des REK über die Ergebnisse und die weitere Antragstellung zum LEADER-Programm erneut beraten wird.

- 8. Antrag der SPD-Fraktion im Rat: Die Stadt unterstützt aktiv Wohnprojekte
Vorlage: A 2021 1601**
-

Herr Paul erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Ziel des Antrages sei, es zugunsten entsprechender Projekte die Vergaberichtlinien für ein bestimmtes Grundstück so zu ändern, dass es möglich sei die Bewerbung eines Wohnprojektes anzunehmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten mit sieben Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme für den von der SPD-Fraktion gestellten Antrag.

**9. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, SPD, CDU und FDP vom 27.05.2021
Vorlage: A 2021 1636**

Frau Heller begrüßte den Antrag und warb um die Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Bürgermeister Pollehn befürwortete ebenfalls den Antrag, sah jedoch die Schwierigkeit fossile Brennstoffe mit sofortiger Wirkung auszuschließen, da die Stadtwerke involviert seien und man somit nicht sofort auf die Nutzung von Erdgas verzichten könne.

Herr Schrader verlas eine persönliche Erklärung zu dem Antrag. Diese Erklärung liegt dem Protokoll in der Anlage 1 bei.

Herr Sieke befürwortete ebenfalls den Antrag..

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten mit fünf-Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und zwei Enthaltungen für den Antrag der Fraktionen Bündnis 90 Die Grünen, SPD, CDU und FDP

**9.1. "Klimaschutz als kommunale Aufgabe" - Ergänzungsantrag der Ratsgruppe WGS Freie Burgdorfer vom 06.06.2021
Vorlage: A 2021 1636/1**

Herr Dr. Kaefer erläuterte den Änderungsantrag. Dieser habe zum Ziel neu anzuschaffende kommunale Fahrzeuge nicht zwingend als E-Fahrzeuge beschaffen zu müssen und statt eines Zwanges die Bauherren davon zu überzeugen, freiwillig auf die Nutzung fossiler Energien zu verzichten.

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Bau stimmten mit 2 Ja-Stimmen, fünf Nein-Stimmen und einer Enthaltung gegen diesen Antrag.

Nachfolgend stellte **Herr Nijenhof** den weiteren Änderungsantrag in Punkt 6 des Ausgangsantrages die Fahrzeuge des städtischen Bauhofes und der Feuerwehr auszunehmen und zu Punkt 7 das Neubaugebiet am Hornweg in Schillerslage vom Zwang des Verzichtes auf fossile Energieträger auszunehmen.

Dies begründete er damit, dass die Fahrzeuge der Feuerwehr keine 220.000 km während ihrer Lebenszeit zurücklegten. Im Hornweg sei bereits eine Gasleitung verlegt, so dass man davon ausgehe, dass den Bauherren auf der anderen Seite des Weges nur schwer vermittelt werden könne, warum für ihr Baugebiet keine fossilen Energien genutzt werden könnten.

Auf Antrag von **Herrn Nijenhof** unterbrach **Herr Dr. Kaefer** die Sitzung um 19.58 Uhr und setzte diese um 20.03 Uhr fort,

Die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und stimmten mit fünf Nein-Stimmen, zwei Ja-Stimmen und einer Enthaltung gegen den

von **Herrn Nijenhof** gestellten, zweiten Änderungsantrag.

10. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es lagen keine Anfragen vor.

11. Anregungen an die Verwaltung

Es wurden keine Anregungen vorgetragen.

Einwohnerfragestunde

Um 20.07 Uhr eröffnete **Herr Dr. Kaever** die Einwohnerfragestunde.
Durch die anwesenden Einwohner wurden keine Fragen vorgetragen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin